

Der Bundesminister der Justiz

4100/3 E - 26774

Bonn, den 6. Mai 1952

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

**Betr.: Eingriffe der amerikanischen Besatzungsbehörden in das strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen den tschechoslowakischen Staatsangehörigen Frantisek Kroupa**

**Bezug: Beschluß des Deutschen Bundestages in seiner  
164. Sitzung vom 26. September 1951  
- Nr. 2580 (neu) der Drucksachen -**

Im Anschluß an mein Schreiben vom 24. März 1952 - Nr. 3255 der Drucksachen - teile ich mit, daß am 22. April 1952 auf dem Petersberg eine Besprechung zwischen deutschen und amerikanischen Sachverständigen in der Angelegenheit des tschechoslowakischen Staatsangehörigen Frantisek Kroupa stattgefunden hat. Nach eingehender Erörterung der Sach- und Rechtslage hat die Alliierte Hohe Kommission keine Einwendungen dagegen erhoben, daß Kroupa einem fairen Verfahren vor einem zuständigen deutschen Gericht unterworfen wird, sobald seine Auslieferung aus Frankreich nach Deutschland durchgeführt ist. Die deutschen Vertreter haben zum Ausdruck gebracht, daß auch die deutschen Behörden an einer fairen Durchführung des Verfahrens besonders interessiert sind.

Die Bundesregierung hat am 18. April 1952 die Auslieferung des Kroupa wegen gemeinschaftlichen Mordes in 15 Fällen und wegen schweren Raubes in 3 Fällen über die Alliierte Hohe Kommission bei der französischen Regierung beantragt, nachdem das Amt des Amerikanischen Landeskommissars für Bayern die deutschen Behörden dazu ermächtigt hatte.

Über den Ausgang des Auslieferungsverfahrens werde ich Sie unterrichten.

**Dr. Dehler**